



Rahmen ohne Bild

Ein Bilderrahmen erzählt die Geschichte eines von den Nazis beschlagnahmten Werkes. Seite 14

Foto: Böhm

Freitag, 8. März 2019 Nummer 67

11



Die Koalition von ÖVP und FPÖ will Asylwerber künftig vorbeugend, auch wenn keine Straftat vorliegt, in Haft nehmen. Foto: Böhm

Sicherungshaft stößt auf breite Ablehnung

Brandgefährliche Präventivhaft: Richter, Rechtsanwälte und Verfassungsexperten üben scharfe Kritik an den Regierungsplänen.

Wien – Die rechtskonservative Regierung von ÖVP und FPÖ will eine Sicherungshaft für potenziell gefährliche Asylwerber einführen. Das umstrittene Vorhaben sieht vor, dass Asylwerber vorbeugend in Haft genommen werden können, ohne eine Straftat begangen oder eine solche mit konkreten Schritten geplant zu haben.

Vertreter von Richtern und Rechtsanwälten warnen nun eindringlich vor der Sicherungshaft. Richtervereinigungs-Präsidentin Sabine Matejka befürchtet, dass die Regierung die Grundlage für weitergehende Eingriffe in die Freiheitsrechte über Asylwerber hinaus schaffen will. Der Präsident der Rechtsanwaltskammer, Rupert Wolff, hält die Präventivhaft-Pläne der Regierung für „brandgefährlich“.

Mit Skepsis äußern sich auch Verfassungsexperten zu diesem rechtsstaatlich umstrittenen Vorhaben. Die Regierung ist bisher einen Gesetzestext schuldig geblieben, doch was bisher von der Regierungsspitze vorgetragen wurde, begeistert Univ.-Prof. Theo Öhlinger wenig. Das beginne bei einem schlecht gewählten Begriff und höre bei Aussagen wie jener des FPÖ-Innenministers Herbert Kickl auf, dass etwa jemand ein Fall für die Sicherungshaft sei,

der ankündige, alle köpfen zu wollen. Denn dies werde wohl kaum ein Asylwerber tun, wenn er nach Österreich kommt.

„Es gibt aus gutem Grund keine Haft auf Verdacht“, sagt Verfassungsexperte Heinz Mayer. Wie stelle der Richter fest, ob jemand gefährlich sei? Werde abgehört, dass sich jemand mit anderen treffe, um Sprengstoffpläne zu besprechen, könne er ohnehin jetzt schon in Untersuchungshaft genommen werden.

Das Justizministerium weist Bedenken zurück, die Sicherungshaft könnte einfachgesetzlich auch auf weitere Personengruppen ausgeweitet werden.

ÖVP und FPÖ wollen eine Verfassungsmehrheit – also die Zustimmung der NEOS oder der SPÖ – für die Umsetzung ihrer Pläne. Beide Parteien reagierten bislang reserviert.

Eingebaut werden soll die Sicherungshaft in die Schubhaft-Grundlage im Verfassungsgesetz über den Schutz der persönlichen Freiheit. Im dortigen Artikel 2 heißt es, dass eine Inhaftierung möglich ist, um eine beabsichtigte Ausweisung oder Auslieferung zu sichern“. Einen konkreten Formulierungsvorschlag hat das Ministerium allerdings noch nicht vorgelegt. (TT)

„Ethik sollte gleich ein Lehramtsstudium sein“

Rektoren-Chefin Eva Blimlinger will dieses Fach für alle Schüler. Die Matura findet sie wegen Uni-Aufnahmeprüfungen nicht mehr zeitgemäß.

Ab dem Schuljahr 2020/21 gibt es Ethik als Pflichtfach alternativ zu Religion in der AHS-Oberstufe. Wie bewerten Sie das?

Eva Blimlinger: Das ist grundsätzlich gut. Dieses Fach sollte es aber nicht nur in der AHS-Oberstufe geben, sondern für alle Schüler und Schülerinnen, also ab der 1. Klasse Volksschule. Und als Ziel: Auch Schüler, die den Religionsunterricht besuchen, sollten das Fach Ethik haben müssen.

Vorerst sollen jene, die Ethik unterrichten wollen, an Pädagogischen Hochschulen ausgebildet werden, langfristig soll es ein Lehramtsstudium dafür geben. Eine gute Lösung?

Blimlinger: Es ist nicht gut, dass das nur als Weiterbildung an Pädagogischen Hochschulen laufen soll. Das sollte nicht nur ein Zusatzmodul sein, sondern jedenfalls eine richtige Ausbildung. Es sollte gleich ein Lehramtsstudium sein.

Bildungsminister Heinz Faßmann sagt, Ethik sollte primär Religionslehrer mit einer Zusatzausbildung unterrichten, das könnten aber auch andere Lehrer mit Zusatzausbildung tun, etwa Geografielehrer.

Blimlinger: Das sehe ich nicht so. Es käme niemand auf die Idee, dass ein Geografielehrer evangelische Religion unterrichten soll. Es sollten Fächer wie Philosophie und Pädagogik sein.

Heute ist Frauentag. In Österreich gibt es zu wenige Forscherinnen, besonders im naturwissenschaftlichen Bereich. Was ist dagegen zu tun?

Blimlinger: 1991 war ich Gleichbehandlungsbeauftragte der damaligen Rektoratkonferenz, nun bin ich Präsidentin der **Universitätstagenkonferenz**. Das zeigt, dass sich etwas getan hat. 1991 gab es 1,9 Prozent ordentliche Professorinnen, heute sind es 27 Prozent. Das ist positiv, aber zu wenig. Vor allem in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) ist noch einiges zu tun. Die Förderung hat nur teilweise gegriffen. Sensibilisierungsmaßnahmen in Form von Schulungen für Lehrende und männliche Kol-



Blimlinger, die seit 2018 Rektoren-Chefin ist, hält vom Studiengebühren-Vorschlag von FPÖ-Minister Hofer „gar nichts“. Foto: APA/Hochmuth

legen sind nötig. Etliche Frauen hören nämlich nach zwei, drei Semestern mit einem MINT-Studium auf, weil die Atmosphäre männlich dominiert ist, es üble machistische Begleiterscheinungen gibt.

Minister Norbert Hofer will auf eine etwaige Benachteiligung heimischer Autofahrer durch eine deutsche Autobahnmaut mit Ähnlichem reagieren. Wenn der EuGH erlaube, bei der deutschen Pkw-Maut ausländische Autofahrer stärker finanziell zu be-, deutsche Autofahrer zu entlasten, dann „sollte auch Österreich das tun“ – bei Studiengebühren. Was halten Sie davon?

Blimlinger: Gar nichts. Das EuGH-Urteil zu Autofahrern lässt diesen Umkehrschluss nicht zu. In der EU sind alle gleich zu behandeln. Mir wäre recht, einen Schritt weiter zu gehen: Angehörige von Drittstaaten sollten gleich hohe Studiengebühren zahlen wie EU-Bürger.

Ab Herbst gibt es neue Zugangsbeschränkungen für überlaufene Fächer. Was halten Sie in diesem Zusammenhang vom Numerus Clausus?

solle diese Stelle werden. Eine berechnete Sorge?

Blimlinger: Das ist seit der Ausgliederung eine nicht ganz einfache Geschichte mit der Statistik Austria. Das dortige Datenangebot ist verbesserungswürdig. Bis man auf der Webseite zu Daten gelangt, die man braucht, dauert es lange. Die Serviceorientierung ist ausbaufähig. Man muss aber sehr darauf achten, dass es keinerlei parteipolitische Einflussnahme gibt, eine Autonomie muss gegeben sein.

Die Uni Innsbruck arbeitet heuer, anlässlich ihres 350-Jahr-Jubiläums, ihre Rolle in der NS-Zeit auf. Die Ehrungspraxis wird kritisch beleuchtet, Widerstandskämpfer Christoph Probst wird in einer Gedenkstunde rehabilitiert. Kommt das nicht etwas spät?

Blimlinger: Fairerweise muss man sagen, dass immer wieder versucht wurde, den Nationalsozialismus aufzuarbeiten. Aber natürlich kommt's zu spät. Es geht um die Ehrung und das Andenken an die Opfer, aber man sollte – gerade was auch Innsbruck betrifft – auch die Täterseite durchleuchten. Es waren ja Personen an der Uni tätig, die mitverantwortlich waren, dass die jetzt zu Ehrenden Opfer wurden. Als besondere Person gibt es den ehemaligen deutschen Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, der das Studentenwerk an der Uni Innsbruck aufgebaut hat, als prononcierter Nationalsozialist – es wäre gut, sich zum Beispiel seiner Geschichte zu widmen.

Sie haben vor einem Jahr die Auswahl der von der Regierung bestellten Uni-Räte kritisiert. Vor allem von Seiten der FPÖ sei es „primär um parteipolitische Versorgung gegangen“. Sehen Sie das noch immer so?

Blimlinger: Ja. Uni-Räte sind immer parteipolitisch besetzt worden. Auch bei früheren Besetzungen war die Qualifikation nicht immer gegeben. In dem Fall geht es um schlagende Burschenschaftler und ihre Haltung gegenüber vielen Werten der Universität.

Das Gespräch führten Karin Leitner und Serdar Sahin

BLICK ZURÜCK

Vor 40 Jahren. In Teheran demonstrieren 15.000 Frauen gegen Vorschriften der Revolutionsregierung, die eine Einschränkung ihrer bürgerlichen Rechte beinhalten. So wird ihnen das Tragen von Schleiern vorgeschrieben.

KURZ ZITIERT

„Der Internationale Frauentag soll ein Feiertag für alle werden.“

Gabriele Heinisch-Hosek

Die frühere SPÖ-Frauen- und Bildungsministerin fordert eine Aufwertung des 8. März.

GEBURTSTAG

Hans Tschiggfrey. Vor 115 Jahren kam in Nauders Hans Tschiggfrey zur Welt. Der spätere ÖVP-Politiker war Parteianwärter der NSDAP. 1957 wurde er Tiroler Landeshauptmann und blieb es bis 1963.

ZAHL DES TAGES

103

Rüsselkäfer-Arten wurden von Forschern auf der indonesischen Insel Sulawesi neu entdeckt. Die Tierchen sind drei Millimeter lang.

SO FINDEN SIE

Fernsehprogramm Seite 18
Glücksspiele Seite 18
Kultur Seite 14

Mail Kulturredaktion kultur@tt.com
Telefon TT-Club 05 04 03 - 1800
Telefon Abo 05 04 03 - 1500
Fax Service 05 04 03 - 3543

Tiroler Tageszeitung

Infos zu Arbeitsmarkt und Weiterbildung

Mehr zu Ausbildungsmöglichkeiten und Stellenmarkt auf tt.com

jobs.tt.com